

Rückenwind aus Obwalden

ABSTIMMUNG Am 25. September wird im Kanton Zürich über die von der AL lancierte Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» abgestimmt. Sie verlangt, dass sich Firmen mit zwei bis fünf Promille ihrer Lohnsumme an der Finanzierung von Kinderbetreuungs-Institutionen beteiligen.

Nun verspüren die Initianten unerwartet Rückenwind aus Obwalden: Der Obwaldner Regierungsrat will ebenfalls die Unternehmen zur Mitfinanzierung von Kinderbetreuungsangeboten verpflichten. Dies gab er zehn Tage vor der Zürcher Abstimmung bekannt. In seiner Gesetzesvorlage schlägt er eine Abgabe in Höhe von vier Promille der Lohnsumme vor. Begründung der mit zwei FDP-, zwei CVP- und einem CSP-Mitglied gebildeten bürgerlichen Obwaldner Regierung: «Familien- und schulergänzende Betreuungsstrukturen sind auch aus Sicht des Standortmarketings von hoher Bedeutung. Sie erlauben es, das vorhandene Potenzial an Fachkräften besser auszuschöpfen und so dem Fachkräftemangel vorzubeugen.»

Niklaus Scherr (AL), Vater der Zürcher Kinderbetreuungsinitiative, frohlockt: «Es geschehen Zeichen und Wunder», schreibt er in seinem Kinderbetreuungsblog. Die Obwaldner Regierung, angeführt vom Landammann und CSP-Bildungsdirektor Franz Enderli, habe mit ihrem Gesetzesantrag eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz übernommen. Scherr empfiehlt nun der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) eine Politwallfahrt nach Sarnen oder Engelberg.

mts